

9/SN-11/ME XVII. GP - Stellungnahme (geschütztes Original) *015N-11ME*
ÖSTERREICHISCHER LANDARBEITERKAMMERTAG

1015 Wien, Marco d'Avianogasse 1, Postfach 258

Ohne Begleitschreiben an

Präsidium des Nationalrats

Parlament
1017 Wien

BUNDESGESETZENTWURF	
Zl. <i>11</i>	GE <i>87</i>
Datum: 7. APR. 1987	
10. APR. 1987	
Verteilt <i>gäbe</i>	

Dr. Honyak

- X ☒ mit der Bitte um gefällige Kenntnisnahme
☐ mit der Bitte um weitere Veranlassung
☐ zu unserer Entlastung rückgestellt

Österreichischer Landarbeiterkammertag

ÖSTERREICHISCHER
LANDARBEITERKAMMERTAG

1015 WIEN, MARCO D'AVIANOGASSE 1
Postfach 258, Telefon 512 23 31

Wien, am 31. 3. 1987

An das

Bundesministerium für
Soziale Verwaltung

Stubenring 1
1010 Wien

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Landarbeitsgesetz 1984 geändert wird

Bezug: Zl. 30.105/52-V/2/87

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Landarbeitsgesetz 1984 geändert wird, erlaubt sich der Österreichische Landarbeiterkammertag nachstehende Stellungnahme abzugeben:

Grundsätzlich darf betont werden, daß in den am 17. 7. 1986 und 27. 1. 1987 geführten Sozialpartnerverhandlungen betreffend der Übernahme der Änderungen des Arbeitsverfassungsgesetzes in das Landarbeitsgesetz weitgehende Übereinstimmung erzielt wurde.

Mit besonderer Enttäuschung muß jedoch festgestellt werden, daß der einheitliche Wunsch der Sozialpartner (Protokoll vom 17. 7. 1986, Seite 22 und vom 27. 1. 1987, Seite 15) keine Berücksichtigung fand, weshalb der Österreichische Landarbeiterkammertag, unter Verweis auf die Zielsetzungen von Sozialpartnergesprächen, nachdrücklich nochmals bezüglich § 160 Abs. 4 und § 161 Abs. 2 LAG folgende Gesetzesänderungen vorschlägt:

§ 160 Abs. 4 LAG sollte lauten:

Die Wahlvorschläge sind schriftlich einzubringen und von so vielen wahlberechtigten Dienstnehmern zu unterfertigen, als Betriebsratsmitglieder zu wählen sind. Der Wahlvorstand hat die zugelassenen Wahlvorschläge zur Einsicht im Betrieb aufzulegen.

§ 161 Abs. 2 LAG sollte lauten:

Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Der Wahlvorstand hat einen einheitlichen Stimmzettel, auf dem alle Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihres Einlangens beim Wahlvorstand anzuführen sind, zu erstellen. Dieser Stimmzettel ist dem Wahlberechtigten bei der Wahl auszufolgen.

- 2 -

Zu Art. I Z. 28 (§ 21o LAG):

Im § 1o5 Abs. 3 Z. 1 lit g) ArbVG ist ein besonderer Kündigungsschutz auch für Sicherheitsvertrauenspersonen vorgesehen. Eine vergleichbare Bestimmung fehlt im Landarbeitsgesetz. Da im § 93 LAG in jedem Betrieb, in dem dauernd mindestens 1o Dienstnehmer beschäftigt werden, Sicherheitsvertrauenspersonen zwingend vorgesehen sind, wird angeregt, diese Personen, ebenso wie im Arbeitsverfassungsgesetz, unter einen besonderen Kündigungsschutz zu stellen.

Weiters wird angeregt, da auch das Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die Dauer der XVII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vorsieht, daß das sogenannte "Sperrecht" des Betriebsrates gegen die Anfechtung einer Kündigung aus verpönten Motiven beseitigt werden soll, dieses Sperrecht im Zuge der nunmehrigen Novellierung zu beseitigen.

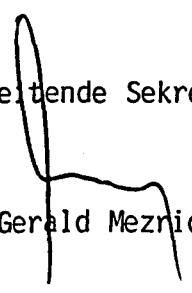
Zu § 235 LAG:

§ 236 enthält in seinem Text noch immer eine Verweisung auf die §§ 1 und 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes. Selbst unter Berücksichtigung des § 1oo ASGG erscheint es notwendig, diese Bestimmung der geänderten Gesetzeslage anzupassen. Darüber hinaus erscheint es geboten, die generelle Anwendbarkeit des Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes auch für den Bereich des 8. Abschnittes des Landarbeitsgesetzes (Betriebsverfassung) zu normieren. Anzustreben ist daher im § 236 die generelle Anwendbarkeit des ASGG für den 8. Abschnitt des LAG zu normieren.

Der Präsident:

Ing. Anton Nigl e. h.
Bundesrat

Der Leitende Sekretär:


(Dr. Gerald Mezriczky)